

Substanzielles Protokoll 178. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 13. Dezember 2017, 14.00 Uhr bis 16.28 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Dr. Peter Küng (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Matthias Wettach

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|----------------------------|--|----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2017/313 | Weisung vom 13.09.2017:
Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2018–2021 | FV |
| 3. | 2017/311 | Weisung vom 13.09.2017:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und
Produktengruppen-Globalbudget) | FV |
| 9. | 2017/429 A | Postulat von Raphaël Tschanz (FDP) und Michael Baumer
(FDP) vom 29.11.2017:
Detaillierte Erfassung der Druckkosten auf Stufe Organisations-
einheit | FV |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Max Kunz (BGB)

Der Ratspräsident gibt den Hinschied von Alt-Gemeinderatspräsident Max Kunz (BGB) bekannt und verliest einen Nachruf auf den Verstorbenen.

Der Gemeinderat erhebt sich für eine Schweigeminute.

Der Ratspräsident drückt sein Beileid aus.

3579. 2017/435

Motion der Grüne-Fraktion vom 06.12.2017:

Kostenfreie Veloabstellplätze in der Umgebung des Bahnhofs Stadelhofen

Markus Knauss (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Um den Bahnhof Stadelhofen werden 2000 Veloabstellplätze benötigt. Ein Teil davon wird in der neuen Velostation im «Haus zum Falken» entstehen. Diese Abstellplätze werden nicht ausreichen. Ausserdem gibt es viele Velofahrende, die kostenpflichtige Abstellplätze nie nutzen werden. Die Velos, für die kein Platz gefunden wird, sollen nicht ungeordnet auf dem Stadelhoferplatz herumstehen. Die im Gestaltungsplan vorliegende Velostation im «Haus zum Falken» und die Veloabstellplätze ausserhalb des Falken sollten gleichzeitig geplant werden.

Der Rat wird über den Antrag am 20. Dezember 2017 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

3580. 2017/313

Weisung vom 13.09.2017:

Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2018–2021

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2017/313 und 2017/311.
Für GR Nr. 2017/311 siehe Protokoll der 179. Sitzung vom 13. Dezember 2017,
Beschluss-Nr. 3596/2017.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Walter Angst (AL): Die RPK hat den Entwurf des Stadtrats zum Budget 2018 geprüft. Anhand des Berichts der Finanzkontrolle haben wir festgestellt, dass die rechnerischen und formellen Anforderungen erfüllt sind. Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von 43,4 Millionen Franken vor. Der Abschluss der Rechnung 2017 ist noch nicht bekannt, der Finanzvorstand ging Ende November 2017 jedoch von einer schwarzen Null aus. Mit dem budgetierten Defizit für die Jahre 2017 und 2018 würde sich das Eigenkapital der Stadt Zürich von 1018 auf 947 Millionen Franken reduzieren. Sollte der Rechnungsabschluss 2017 positiv ausfallen, wird sich dieser Wert erhöhen. Der budgetierte Personalaufwand steigt gegenüber dem Budget 2017 um 60 Millionen Franken. Der vom Stadtrat bewilligte Personalstellenwert nimmt zwar um 10,7 Stellen ab, dieser Rückgang ist jedoch vor allem auf eine Bereinigung von insgesamt 216 Stellen im Schulamt zurückzuführen. Per Saldo soll der Personalstellenwert 2018 um 205 Stellen zunehmen. Der Sachaufwand erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 38 Millionen Franken, davon sind 7,6 Millionen Franken im Verwaltungsbereich budgetiert. Eine Zunahme verzeichnen die budgetierten Investitionen im Hochbau des Verwaltungsbereichs. Sie steigen im Vergleich zum Budget 2017 um 35 auf 420 Millionen Franken, vor allem aber steigen sie im Vergleich zur Rechnung 2016 um insgesamt 207 Millionen Franken, respektive um 97 Prozent. Damit drückt sich auch die Erhöhung des Plafonds für Hochbauten im Budget 2018 aus. Der AFP geht von Defiziten von 108 bis 136 Millionen Franken aus. Im Vergleich zu den Vorjahren haben sich die Defizite erheblich reduziert. Erfahrungsgemäss wird sich der Saldo durch die Vorgabe von Plafonds im Budgetprozess zusätzlich verringern. Nicht oder fast nicht im AFP berücksichtigt sind die Folgen der Leistungsüberprüfung 2016, die Steuervorlage 2017 sowie die Auswirkungen des Wechsels von HRM1 auf HRM2, der mit dem Budget 2019 stattfinden wird. Die RPK teilt die Feststellung des Stadtrats, dass die Finanzierung der städtischen Leistungen für die kommenden Jahre anspruchsvoll bleiben wird. Der Stadtrat hält an seinen im Vorjahr formulierten finanzpolitischen Zielen fest. Diese sind, das Rechnungsergebnis ohne Sondereffekte mittelfristig ausgeglichen zu gestalten; ein angemessenes Eigenkapital zu erhalten, um politisch handlungsfähig bleiben zu können, sowie neue Investitionen zu einem hohen Anteil aus eigenen Mitteln finanzieren zu können, um die Neuverschuldung möglichst gering zu halten. Die Mehrheit der RPK hält diese Zielsetzungen für angemessen und weist darauf hin, dass die Bestellungen des Gemeinderates einen wesentlichen Einfluss darauf haben, ob die Ziele erreicht werden können. Die Minderheit der RPK hält die Zielsetzungen des Stadtrats für ungenügend und ist besorgt, dass zur Sanierung des Budgets der Fokus nur auf der Seite der Einnahmen (hohe Steuererträge) und nicht auf die Seite der Ausgaben liegt. Ein Teil der Minderheit wünscht sich zudem vom Stadtrat eine nachhaltige Finanzpolitik, die im Sinne der kommenden Generationen einen sukzessiven Abbau des Fremdkapitals vorsieht. Die RPK wurde von der Finanzverwaltung informiert, dass im Jahr 2017 eine weitere Einlage in die Rückstellungen für die Finanzierung des Ressourcenausgleichs im Jahr 2018 vorgenommen werden muss. Sie hat einen Umfang von stattlichen 69 Millionen Franken. Dieser Betrag wurde bei der Erwartungsrechnung des Stadtrats für das Jahr 2017 bereits berücksichtigt. Das zeigt, dass das Jahr 2017 ein eigentlich sehr positives ist. Die RPK hat mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass das Stadtspital Triemli ein Ergebnisverbesserungsprogramm eingeleitet hat. Sie fordert den Stadtrat auf, die Anstrengungen des Stadtspitals, die Eigenwirtschaftlichkeit zu erreichen, zu unterstützen. Die für den Spitalbetrieb nicht mehr benötigten Liegenschaften sind von der Stadt zu übernehmen und einer neuen Nutzung zuzuführen. Zu prüfen ist ausserdem, ob und wie die Zinsbelastung des Stadtspitals Triemli reduziert werden kann. Die RPK stellt mit Besorgnis fest, dass die Reorganisation von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) nur schleppend vorankommt. Die seit Juni 2017 vakante Stelle

des Direktors konnte noch nicht neu besetzt werden. Die RPK wünscht, dass den Kommissionen und dem Rat rasch dargelegt wird, wie und in welchen Strukturen innerhalb oder ausserhalb der Stadtverwaltung die Problembereiche des ERZ und der Rolf Bossard AG, die angeschlagene ZAV Recycling AG oder die defizitären Werkstattbetriebe künftig betrieben werden sollen. Die RPK nahm zur Kenntnis, dass der Stadtrat den Antrag zu der am 4. Juni 2014 eingereichten Motion der RPK, die verlangt, dass die Maximalbeträge der Lohnfortzahlungen und Abfindungen nach Entlassungen gesenkt werden, leider erst im März 2018 dem Gemeinderat überwiesen werden kann. Wir wurden zwar laufend über den Stand der Arbeiten informiert, aber wir finden es bemühend, wenn eine Motion der RPK, die unmittelbar nach Legislaturbeginn eingereicht wird, nicht mehr in der gleichen Legislatur behandelt werden kann. Die RPK bedauert, dass der Stadtrat den Auftrag, kostendeckende Tarife für Personalparkplätze einzuführen, in den Departementen sehr unterschiedlich umsetzte. Wir wünschen eine einheitliche Regelung für die ganze Stadt Zürich. Die RPK bedauert ausserdem, dass im AFP 2018–2021 die Planzahlen der Dienstabteilung wieder nicht wiedergegeben werden und hofft, dass das nächstes Jahr angepasst werden kann. Eine Mehrheit der RPK stimmt dem Budget zu, eine Minderheit lehnt es ab. Die Minderheit beantragt zudem eine Senkung des Steuereffusses auf 117 Prozent.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 3581/2017–3588/2017)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3581. 2017/446

**Erklärung der SP-Fraktion vom 13.12.2017:
Budget 2018 und AFP 2018–2021**

Namens der SP-Fraktion verliest Florian Utz (SP) folgende Fraktionserklärung:

Ein Budget für die Bevölkerung

Bezahlbare Wohnungen, sichere Velorouten, leistungsfähige Spitäler: Was für die Bevölkerung wichtig ist, ist auch für die SP wichtig.

Der Stadtrat hat ein gutes Budget vorgelegt. Zwar weist es ein Defizit von 41 Mio. Franken aus, doch zeigt die Erfahrung, dass die Rechnungen regelmässig besser abschneiden als die Budgets – in den Jahren 2014, 2015 und 2016 um jeweils über 100 Mio. Franken. Dasselbe gilt in noch stärkerem Ausmass für den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) – so wurde im Jahr 2016 ein ursprünglich im AFP vorgesehenes Defizit von 487 Mio. effektiv zu einem einen Überschuss von 288 Mio. Franken. Komfortabel ist auch die Situation beim Eigenkapital: Die Stadt Zürich verfügt dank den Haushaltsüberschüssen der letzten Jahre über ein Eigenkapital von nunmehr rund 1 Milliarde Franken. Das alles zeigt: Die Stadt Zürich steht finanziell sehr gut da.

Das starke Eigenkapital, das solide Budget 2018 und die erfreulichen Aussichten kommen nicht von ungefähr. Sie sind massgeblich das Ergebnis von guter Politik. Der Stadtrat geht mit den Steuergeldern effizient um, und er hat Zürich zu einer offenen und attraktiven Stadt gemacht, in der die Menschen gerne wohnen und arbeiten. Diese erfolgreiche Politik führt der Stadtrat auch mit dem Budget 2018 fort, mit gezielten Investitionen in Zürichs Zukunft.

Neben dem Stadtrat haben auch die städtischen Angestellten einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass Zürich so erfolgreich ist. So richtig Sparmassnahmen in finanziell schwierigeren Zeiten waren, so richtig ist es auch, dem Personal – etwa den Ärzten, den Polizistinnen oder den Feuerwehrleuten – etwas zurückzugeben, wenn der finanzielle Spielraum da ist. Die SP lehnt deshalb den bürgerlichen Kürzungsantrag beim Lohn für die städtischen Angestellten klar ab. Ebenso klar lehnt die SP den rechten Antrag auf Streichung von 350 Stellen ab. Sinnvoll sind punktuelle Stellenreduktionen bei Stabsstellen und umgekehrt punktuelle Stellenschaffung etwa bei den Sozialarbeitenden, damit mehr Menschen von der Fürsorgeabhängigkeit befreit werden können. Nicht in Frage kommt für die SP hingegen ein Kahlschlag, der nicht ohne Leistungskürzungen zulasten der Bevölkerung umsetzbar ist.

Überhaupt muss jetzt die Bevölkerung am Zug sein. Die Zürcherinnen und Zürcher haben unsere Stadt zu dem gemacht, was sie heute ist. Doch nicht immer ist Zürichs Erfolg bei der ganzen Bevölkerung in gleichem Masse angekommen. Manche Zürcherinnen und Zürcher mussten sogar ihre eigene Stadt verlassen, weil sie hier keine bezahlbare Wohnung mehr gefunden haben. Für die SP ist klar: Das darf nicht sein. Vom Erfolg unserer Stadt müssen alle Zürcherinnen und Zürcher etwas haben.

Die SP wird sich deshalb beim Budget 2018 für drei Anliegen besonders engagieren: Für bezahlbare Wohnungen, für sichere Velorouten und für leistungsfähige Spitäler.

- Das Wohnen in unserer Stadt muss wieder bezahlbar werden. Die meisten Zürcherinnen und Zürcher leiden nicht primär unter der Steuerrechnung, sondern vielmehr unter steigenden Mieten. Deshalb haben bezahlbare Wohnungen für die SP eine höhere Priorität als eine Steuersenkung. Dementsprechend fordert die SP die Aufstockung der Mittel für den gemeinnützigen Wohnbau, damit der Volksentscheid für mehr bezahlbare Wohnungen umgesetzt werden kann.
- Auch der Mangel an sicheren Velorouten beschäftigt die Zürcherinnen und Zürcher. Der Erfolg der Velorouten-Initiative zeigt in aller Klarheit: Die Menschen erwarten von der Politik, dass endlich etwas geht. Die SP fordert deshalb im Budget 2018 die Planung von neuen Velorouten unter anderem an der Bellerivestrasse und an der Rämistrasse.
- Wichtig für die Bevölkerung ist auch eine gute Gesundheitsversorgung – die Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Die SP schlägt deshalb vor, dass das Stadtspital Triemli und das Stadtspital Waid der Stadt Zürich nur noch so hohe Zinsen bezahlen müssen, wie sie die Stadt Zürich derzeit auf dem Anleihenmarkt selber bezahlt. Durch die Senkung der Zinslast sowie durch die von Stadträtin Claudia Nielsen eingeleiteten Massnahmen können die Stadtspitäler Triemli und Waid wieder auf eine ausgeglichene Rechnung kommen. Leider bieten die rechten Parteien hier keine Hand zu einer Lösung. Offensichtlich wollen sie die Finanzlage der Stadtspitäler lieber medial bewirtschaften als entschärfen, um damit dem erklärten Ziel eines Teilverkaufs der Stadtspitäler an die südafrikanische Hirslanden-Gruppe näher zu kommen.

Die Menschen in unserer Stadt erwarten von der Politik keine taktischen Machtspiele, sondern konstruktive Lösungen für bezahlbare Wohnungen, für sichere Velorouten und für leistungsfähige Spitäler. Die Bevölkerung kann sich darauf verlassen, dass die SP auf ihrer Seite steht.

3582. 2017/447

Erklärung der SVP-Fraktion vom 13.12.2017: AFP 2018–2021

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Bartholdi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Ein mürber Leuchtturm von Zürich: Die städtischen Finanzen in einer Sackgasse

Nach dem Willen des Stadtrates sollte die Finanzpolitik sinnbildlich einen Leuchtturm in der Stadt Zürich darstellen und in die entfernte Gegend einen hellen Schein abgeben. Wer den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2018 – 2021 studiert, findet jedoch keinen Leuchtturm, sondern den Baraddûr (dunkler Turm) der Festung Saurons in Modor.

Die Stadt Zürich baut den Turm zu Babel und erhöht diesen gemäss AFP jedes Jahr auf babylonische Art und Weise. Das Fundament des Turmes bilden jeweils die Einnahmen. «Die Stadt Zürich baut - gut und günstig» behauptet zumindest das Hochbaudepartment. Bei den Steuern plant der Stadtrat jedoch mit neuen rekordhohen Einnahmen, was natürlich alles andere als günstig ist. Fallen diese Einnahmen nicht auf Rekordhöhe aus, wird das Fundament des Turmes empfindlich geschwächt. Der Turm wird aber jedes Jahr höher gebaut. Ein stetig höher werdender Personalaufwand und massiv ansteigende Sachaufwände von 4'452 Millionen Franken (Rechnung 2016) auf 4'818 Millionen Franken (P 2021), was einem Anstieg von fast 370 Millionen innerhalb von fünf Jahren gleichkommt! Diese anschwellenden Ausgaben drücken auf den Turm und das Bauwerk neigt sich unter der Last wie der Turm von Pisa.

Gemäss Planung des Stadtrates werden nahezu die gesamten Steuereinnahmen der Jahresrechnung für den immensen Personalaufwand benötigt. In Zahlen heisst dies, dass 2021 3,02 Milliarden Franken Steuereinnahmen 2,98 Milliarden Franken Personalaufwand gegenüberstehen werden. In der Rechnung 2016 waren die Steuereinnahmen noch über 200 Millionen Franken höher als der Personalaufwand. Sogar geplante Rekordsteuereinnahmen können diese Entwicklung nicht verhindern. Die Prognose des Stadtrates für die Jahre 2019 bis 2021, jeweils ein sattes Defizit in dreistelliger Millionensumme. Insgesamt 367,9 Millionen Franken Defizit werden erwartet. Die Qualität des Turmes ist mit diesen roten Zahlen ungenügend, ja gar mürbe. Dazu kommen äussere Einflüsse wie etwa die Unternehmenssteuerreform oder Massnahmen des Kantons, welche Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Stadt haben können und werden. Höchst besorgniserregend ist die Struktur des Turmes. Nicht nur das Fundament steht auf sandigem Untergrund, sondern die ganze Turmhöhe wird mit immer mehr Fremdkapital finanziert. In der Rechnung 2016

war das Fremdkapital noch bei 8.5 Milliarden Franken, aber bereits im Jahr 2020 soll die 10 Milliarden-Grenze überschritten werden. 2021 wird das Fremdkapital bereits über 11 Milliarden betragen. Dafür schrumpft das Eigenkapital von 1'018 Millionen (Rechnung 2016) auf 581 Millionen Franken (P 2021). Das Eigenkapital schmilzt wie «Butter an der Sonne».

Das Fazit des AFP und der finanziellen Situation der Stadt Zürich ist folgendermassen: Erwartungen von Rekordeinnahmen bei den Steuern, überdimensioniertes Wachstum bei Personal- und Sachaufwand, ab 2019 jedes Jahr Defizite in dreistelliger Millionenhöhe sowie stetig steigendes Fremdkapital und schrumpfendes Eigenkapital. In einem börsenkotierten Unternehmen würde eine solche Prognose den Aktienkurs abstürzen lassen und der CFO müsste den Hut nehmen.

Aus Sicht der SVP ist eine solche finanzielle Perspektive inakzeptabel und ist umgehend zu korrigieren. Der Turm von Zürich muss dringend wieder auf ein solides Fundament gebracht und das Wachstum der Ausgaben auf ein vernünftiges Mass reduziert werden. Nur so kann Zürich aktionsfähig bleiben und zukunftsorientiert weiterentwickelt werden. Die SVP nimmt den AFP 2018 – 2021 deshalb dezidiert ablehnend zur Kenntnis.

3583. 2017/448

Erklärung der SVP-Fraktion vom 13.12.2017: Budget 2018

Namens der SVP-Fraktion verliest Stefan Urech (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Auf rote Politik folgen tiefrote Zahlen!

Der Stadtrat legt erneut ein Budgetdefizit von Minus 41.3 Mio. sFr., mit rekordhohen Steuereinnahmen, wachsenden Ausgaben und steigendem Schuldenberg vor. Damit wären dann 8 der 10 letzten Jahresrechnungen mit Defiziten belastet. Die SVP-Fraktion lehnt das verantwortungslose Budget dezidiert ab und verlangt eine Budgetsanierung.

Die SVP fordert einen nachhaltigen Schuldenabbau, eine Steuerfussreduzierung auf 117% und hat dazu die zielführenden Sparanträge gestellt. Über 160 von den insgesamt rund 245 Anträgen wurden von der SVP erarbeitet. Kosmetische Symbolanträge anderer Parteien, in homöopathischen Dosen verabreicht und ohne jegliche Wirkung auf eine Finanzhaushaltssanierung, werden von der SVP nicht mitgetragen.

Obwohl der Stadtrat für die nächste Legislatur mit jährlich steigenden rekordhohen Steuereinnahmen rechnet, ist dieser nicht gewillt, einen Schuldenabbau zu planen. Es ist im Gegenteil eine weitere Auftürmung um 200 Millionen Franken des bereits milliardenhohen Schuldenbergs geplant. Das eingeplante Minus bewertet der Stadtrat paradoxerweise als «zufriedenstellend».

Amtsvorsteher und ihre Kaderleute sollten eigentlich wissen, wie dank Effizienzsteigerung gespart werden könnte. Stattdessen gelangen sie aber stets mit neuen Begehrlichkeiten an ihre vorgesetzten Stadträte. Aus ideologischer Überzeugung, auf Grund mangelnder Führungskompetenz oder schlicht aus Angst, auf den ersten Blick unpopuläre Massnahmen durchzusetzen, lassen die Stadträte ihre Amtsvorsteher gewähren oder spornen diese noch zusätzlich an. Die insbesondere im Bildungs-, Kultur-, Gesundheits-, Sozial- und Asylbereich endlos wachsenden Ausgaben können mit den Steuereinnahmen nicht mehr gedeckt werden. Der Finanzmarkt lockt mit Null-Prozent-Krediten und verführt den rotgrünen Stadtrat dazu, zusätzliche Anleihen in der Höhe von 800 Millionen Franken zu beantragen. Hochriskant, bei steigenden Zinsen winkt dem Stadtzürcher Schatzmeister ein drohendes Unheil, welches dann die Steuerzahlenden zu tragen haben werden.

Der Gemeinderat hat gemäss Gemeindeordnung die Oberaufsicht über die Finanzen der Stadt. Als politisches Kontrollorgan könnte dieser einen bändigenden Einfluss auf die Exekutive ausüben. Doch in Zürich nimmt er diese Rolle nicht wahr, im Gegenteil. Im Wettkampf darum, wer in dieser Stadt als die linkste Partei gelten darf, überschlagen sich SP, AL und die Grünen Woche für Woche mit neuen kostentreibenden Forderungen und schaffen immer mehr städtische Aufgabenbereiche zur Befriedigung von Partikularinteressen. In der Rechnungsprüfungskommission beschwören rotgrüne Mitglieder jeweils die SVP-Vertreter: «Bitte dieses Jahr nicht wieder so viele Sparanträge!»

Bedauerlicherweise ist vorauszusehen, dass eine grosse Mehrheit der Kürzungsanträge der SVP während den nächsten Tagen in dieser Budgetdebatte niedergeschmettert werden. Sanierende Sparforderungen von der anderen politischen Seite gibt es leider nicht. Happige Brocken, wie die permanent steigenden Personalkosten der städtischen Verwaltung, werden umgangen oder teilweise gar noch aufgestockt. Lediglich bei der Sicherheit, einer Kernaufgabe des Staates, sehen die Linken Sparmöglichkeiten. Ein Paradox, ein steigendes Gefahrenpotential des radikalisierten Islamismus und einer unkontrollierten, masslosen Zuwanderung erfordert zusätzliche Sicherheitsaufgaben mit erhöhter Präsenz.

Der Wettbewerb um die linkste Position in Zürich führt zur Vernachlässigung der gemeinderätlichen Aufsichtspflicht und zum sorglosen Ausbau immer neuer städtischer Angebote. Deshalb ist dem Gemeinderat ein grosser Teil der Verantwortung für die Schuldenwirtschaft der Stadt Zürich zuzuschreiben. Die Signale

des Stadtrats, dass für jede Art von Anspruchsgruppen gesorgt werden soll, sowie die von der Zuwanderung zunehmend überforderte städtische Infrastruktur, sind weitere Gründe, weshalb die Stadt Zürich keine Schulden abbaut, sondern immer weitere anhäuft.

Die SVP distanziert sich von dieser verantwortungslosen Finanzpolitik und wird das Budget 2018 ablehnen. Die SVP fordert ein ausgeglichenes Budget und einen langfristigen nachhaltigen Schuldenabbau. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!

3584. 2017/449

**Erklärung der FDP-Fraktion vom 13.12.2017:
Budget 2018 und AFP 2018–2021**

Namens der FDP-Fraktion verliest Michael Baumer (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Rot-grüner Stadtrat verpasst Chance, Impulse für die Zukunft der Stadt zu setzen

Mit einem budgetierten Defizit von 43.3 Millionen Franken verpasst es der Stadtrat, die nötigen Impulse für die Zukunft der Stadt zu setzen, und verschläft die Chance, das Potential Zürichs zu nutzen. Für die FDP zeigt sich damit der fehlende Gestaltungswille des Stadtrats.

Mit 100 Millionen mehr Steuereinnahmen und 111.9 Millionen mehr Entgelte als im Budget 2017 sind selbst nach Abzug des höheren Ressourcenausgleichs und der Lohnmassnahmen markante Mehreinnahmen budgetiert. Dass der Stadtrat angesichts solcher Einnahmen ein Defizit in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr vorlegt, grenzt an Arbeitsverweigerung. Es hätte im Gegenteil ein klarer Überschuss vorgelegt werden müssen. Mit seiner Weigerung, in guten Zeiten die Grundlagen für eine nachhaltige Finanzierung zu legen, verpasst der Stadtrat die Chance, Impulse für die Zukunft der Stadt zu setzen.

Damit die Stadt auch in Zukunft ein attraktiver Standort und Lebensmittelpunkt sein kann, muss die Finanzplanung drei Ziele verfolgen: 1. müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlastet, 2. die Steuern für Unternehmen mit der Steuervorlage 17 konkurrenzfähig gestaltet und 3. die Infrastrukturen für eine wachsende Stadt finanziert werden.

Die Steuereinnahmen steigen stark und stetig. Vor 10 Jahren wurde der Steuerfuss das letzte Mal gesenkt. Verglichen mit den Steuereinnahmen 2007 sind die Steuern in der Zwischenzeit von 2'367 Millionen um 603 Millionen auf 2'970 Millionen im Budget 2018 gestiegen. Das sind 25% mehr – trotz Finanzkrise. In der selben Zeit ist die Bevölkerung nur um 12% gewachsen. Der Finanzvorsteher nannte das budgetierte Defizit von mehr als 40 Millionen «im Streubereich». Die FDP will anders als der Stadtrat den Streubereich aber für die Stadt und ihre Bevölkerung nutzen, statt für ein Defizit. Eine Steuerfussenkung von 2% oder umgerechnet rund 40 Millionen liegt innerhalb dieses Streubereichs und ist ein gut verantwortbares Zeichen für die steuerliche Attraktivität der Stadt. Tiefere Steuern nützen direkt dem Mittelstand und sind daher das erste Ziel.

Der Wirtschaftsstandort Zürich, von dem Hunderttausende Arbeitsplätze abhängen, ist auf ein attraktives Umfeld angewiesen. Für die FDP ist die Steuervorlage 17 dabei zentral. Die FDP begrüsst, dass hier ein, wenn auch schmerzlicher Kompromiss, gefunden wurde. Mit der moderaten Forderung von nur 2% Steuerfussenkung geben wir dem Stadtrat den Handlungsspielraum für die Umsetzung des Kompromisses und damit für das zweite Ziel: Die zukunftsfähige Unternehmensbesteuerung.

Die Stadt wächst weiter. Die Infrastruktur kommt an ihre Grenzen. Schulraum und Verkehrsinfrastruktur genügen schon heute nicht mehr. Neue Infrastrukturen bedeuten aber auch neue laufende Kosten. Um die zusätzlichen Ausgaben zu decken, sind Ausgabenenkungen in anderen Bereichen zwingend. Das dritte Ziel ist daher, Investitionen in effiziente Infrastrukturen zu tätigen, statt neue Bedürfnisse und damit neue Ausgaben zu kreieren.

Die FDP ist enttäuscht über den offensichtlichen Unwillen des Stadtrats, die Grundlagen für die Zukunft zu legen. Die FDP fordert ein ausgeglichenes Budget, das eine Steuersenkung beinhaltet und die Basis legt für die Steuervorlage 17 und die Finanzierung der Infrastruktur für das wachsende Zürich der Zukunft.

Die FDP lehnt den Vorschlag des Stadtrats mit einem Defizit ab. Während der Stadtrat das Potential der Stadt verschläft, setzt sich die FDP dafür ein, dass Zürich auch für die nächste Generation weiterhin die attraktivste Stadt zum Leben und Arbeiten ist.

3585. 2017/450

**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 13.12.2017:
Budget 2018 und AFP 2018–2021**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Keine Steuersenkungen, mehr Geld fürs Personal!

Schon seit mehreren Jahren sind die Finanzen der Stadt stabil. Die Panikmache vergangener Jahre hat sich als völlig übertrieben herausgestellt, und Gefahr droht der Stadt vor allem durch die verantwortungslose Finanz- und Steuerpolitik von Kanton und Bund auf Kosten der Gemeinden. Für die Grünen ist wesentlich, dass die Stadt ihre finanziellen Prioritäten richtig setzt: Personal, Wohnen und Nachhaltigkeit sind für uns in diesem Budget wichtige Schwerpunkte, im Einklang mit der Mehrheit der Bevölkerung.

Eine rote Null – das sieht der Budget-Entwurf des Stadtrats vor. Bei gleichbleibend hohen Steuererträgen schafft es der Stadtrat, die Ausgaben so zu steuern, dass das stetige Wachstum der Bevölkerung bewältigt werden kann und dennoch Schulden abgebaut werden können. Die Investitionen sind hoch und am richtigen Ort: Ein wesentlicher Anteil der Gelder wird für städtische Wohnsiedlungen, Schulhäuser, Alterszentren oder in erneuerbare Energien investiert. Diese Ausgaben decken sich auch mit unseren Prioritäten: In einer wachsenden Stadt braucht es mehr bezahlbare Wohnungen, mehr Schulraum, eine gute Infrastruktur für die älteren Menschen und eine nachhaltige Energieversorgung.

Ein Schwerpunkt für uns Grüne ist das städtische Personal. Nachdem die Lohnmassnahmen im letzten Jahr von bürgerlicher Seite mit fadenscheinigen Argumenten praktisch gestrichen wurden, ist für uns klar, dass nach dem Rekordergebnis von 288 Mio. Franken im Vorjahr nun die vom Stadtrat vorgeschlagen 1.5 % für Lohnmassnahmen im Budget einzustellen sind. Dank dem motivierten und kompetenten Personal haben wir in Zürich gute Schulen, einen bestens funktionierenden öV, hervorragende Versorgung in den Spitälern (was zur Zeit leider etwas aus dem Fokus geraten ist), kurz, das Personal ist Garant für all die Standortqualitäten, die bei Festreden gerne betont werden. Das muss einmal gesagt sein, und das darf auch mit einer bescheidenen finanziellen Zulage honoriert werden. Leistung muss sich wieder lohnen! Wir sehen zudem keinen Anlass, beim Personal Stellen zu kürzen, wie das in verschiedenen Anträgen gefordert wird. Das Stellenwachstum beschränkt sich auf das Gesundheits- und das Schuldepartement und ist dem Bevölkerungswachstum geschuldet, alle anderen Departemente erfüllen ihre Aufgaben mit praktisch dem gleichen Personalbestand.

Die Tatsache, dass die Stadt in den letzten zwei Jahren und auch in diesem Jahr ihre Schulden um substantielle Beträge reduzieren konnte, zeigt, dass die Panikmache auf bürgerlicher Seite absolut falsch und unnötig ist. Zürich ist finanziell auf einem guten Weg, den es fortzusetzen gilt. Die Steuersenkungsgelüste der bürgerlichen Parteien haben mehr mit Wahlkampfgetöse zu tun, als mit einer vorausschauenden Steuerpolitik.

Denn nach wie vor sind die zukünftigen Aussichten wolkig. Die finanziellen Auswirkungen der Steuerreform 17 sind noch nicht abschätzbar. Das Wachstum wird auch in den nächsten Jahren anhalten und muss finanziert werden. Unklar ist, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln werden, doch dank bester Infrastruktur, beispielsweise beim öffentlichen Verkehr, bei Kultur oder Bildung ist davon auszugehen, dass Zürich weiterhin ein attraktiver Standort bleiben wird.

Wir sagen JA zum Budget 2018, wir sagen Danke dem städtischen Personal für die geleistete Arbeit und wir sagen Nein Danke zu einer Senkung des Steuerfusses.

3586. 2017/451
Erklärung der GLP-Fraktion vom 13.12.2017:
Budget 2018 und AFP 2018–2021

Namens der GLP-Fraktion verliest Shaibal Roy (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Zeit für eine Trendwende

Die Stadt Zürich budgetiert für 2018 einen Aufwandüberschuss von 43,4 Millionen Franken und bezeichnet dies als ein zufriedenstellendes Resultat. Wir schütteln ungläubig den Kopf. Solange mit einem Defizit im laufenden sowie noch weiter zunehmenden Fehlbeträgen in den weiteren Planjahren des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) gerechnet wird, können die Grünliberalen eine solch geschönte Einschätzung unmöglich teilen. Erst wenn die Stadt Zürich es schafft, dieses strukturelle Defizit in eine schwarze Null zu drehen, werden die Grünliberalen dies als zufriedenstellend bezeichnen können. Bis dahin werden wir alles daran setzen, einen Wandel des strukturellen Defizits herbeizuführen.

Es ist blauäugig vom Stadtrat, sich über Jahre auf bessere Rechnungsabschlüsse abzustützen, die lediglich von Sondereffekten getragen wurden. Am Beispiel der Flughafenaktie, welche dieses Jahr mit einem Höhenflug einen voraussichtlich rekordhohen Beitrag an den Rechnungsabschluss leisten wird, sieht man, wie fragil dieses vermeintliche Luftschloss ist, auf das die Stadtregierung vorbehaltlos vertraut. Denn es verbirgt sich dahinter ein immenses Kurskorrekturrisiko, das die Rechnung 2018 tief ins Defizit reissen könnte.

Die Stadt Zürich kann von weiterhin munter auf Rekordniveau sprudelnden Steuererträgen mit einem überproportionalen Plus von über 100 Millionen Franken profitieren, was sich auch in einem um 47,3 Millionen

Franken höheren Ressourcenausgleichsbeitrag an den Kanton widerspiegelt. Natürlich zieht eine prosperierende Stadt auch einen erhöhten Bedarf bei den Investitionen und ein unvermeidliches Wachstum in den Sach- und Personalkosten nach sich. Diesem Wachstum müssen jedoch Effizienzgewinne vor allem auch in der engeren Verwaltung entgegenstehen. Eine solche Tendenz zeigt sich aber zu wenig, weshalb die Grünliberalen mit eigenen Anträgen und der Unterstützung weiterer Anträge eine Trendwende einläuten wollen.

Auch wenn den Dienstabteilungen durchaus in ihrer Budgetierung zugute gehalten werden kann, dass Reserveposten weitgehend reduziert wurden, mussten wir mit wenigen Tabellenanträgen sowie gezielten einzelnen Anträgen nachhelfen. Auch dieses Jahr hat die glp ihre zentrale Rolle als Mittepartei in der Vorbereitung der Budgetdebatte wahrgenommen und mit allen Parteien gleichermaßen intensive Gespräche geführt. Ziel war es, bereits vorgängig Einigungen in gewichtigen Themen und Mehrheiten für zentrale Anträge zu schaffen. Als Noch-Nicht-Stadtratspartei erfüllt die glp diese tragende Rolle seit Jahren und erweist sich als verlässlicher und konstruktiver Partner für das breite Parteienspektrum im Städtzürcher Parlament. Selbstverständlich werden wir dies auch nach dem Einzug in den Stadtrat bleiben....

Der Blick auf den aktuellen Aufgaben- und Finanzplan (AFP) der Jahre 2018 bis 2021 offenbart keine rosigen Aussichten. Dieser rechnet weiterhin mit steigenden Steuereinnahmen, berücksichtigt jedoch in keiner Weise die bereits absehbaren Einnahmehausfälle. Die Steuervorlage 17 wird die Rechnungsabschlüsse der Stadt Zürich mit ihrem hohen Anteil an juristischen Personen substanziell belasten und die bereits rot prognostizierten Planjahre tiefrot färben. Das neue Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) kann je nach Entscheid des Gemeinderats bzgl. Neubewertung des Verwaltungsvermögens per 1. Januar 2019 ebenfalls einen Einfluss sowohl auf das Eigenkapital wie auch die Abschreibungen und somit auf die laufende Rechnung haben. Das Eigenkapital ist primär dank vergangenen Sondereffekten auf knapp 1 Milliarde Franken angewachsen. Diesen Kapitalpuffer gilt es nun mittels vorbeugenden Massnahmen unbedingt zu schützen und nicht wie vom Stadtrat gebilligt, mit blindem Vertrauen auf ausgeglichene Rechnungsergebnisse dahinschmelzen lassen. Es mangelt immer noch an ausgeprägtem Kostenbewusstsein sowie strukturellen Massnahmen zur Ergebnisverbesserung. Mit 17/0 – und es ist Zeit sich dies in Erinnerung zu rufen – hat man sich andere Ziele gesetzt!

Die Grünliberalen helfen auch in diesem Budget wieder nach: Unter anderem fordern wir eine Reduktion der Personalkosten in den zentralen Verwaltungen und Stabsstellen über alle Departemente mit geeigneten Massnahmen wie beispielsweise Anpassungen von Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien stehen wir zudem ein für eine massvolle Anpassung der Lohnmassnahmen auf ein bei Budget- und Plandefiziten angezeigtes Niveau. Die Grünliberalen sind überrascht, wie der Stadtrat bei einem budgetierten Defizit von über 40 Millionen gleichzeitig eine Ausschüttung von über 20 Millionen als angebracht erachten kann.

Der Stadtrat hat das Steuer immer noch nicht an sich gerissen und lässt sich von bisher milden Wogen einlullen. Dies wird jedoch in stürmischeren Zeiten nicht genügen, um das Schiff auf Kurs zu halten. Dieser sorglose Umgang des Stadtrats mit den Finanzen bestärkt die Grünliberalen, dass ihre tragende Finanzpolitik im Parlament in der nächsten Legislatur mit einem grünliberalen Kapitän im Stadtrat verstärkt werden muss. Wir freuen uns auf die Herausforderungen!

3587. 2017/452
Erklärung der AL-Fraktion vom 13.12.2017:
Budget 2018 und AFP 2018–2021

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Wir fordern den Stadtrat auf, in der Finanzplanung andere Akzente zu setzen

Die Finanzkraft der Stadt Zürich ist gross. Das zeigt der Rekordbetrag von 467 Millionen Franken, den die Stadt Zürich im kommenden Jahr in den kantonalen Ressourcenausgleich einzahlen wird. Das sind mehr als 15 Prozent des gesamten Steuerertrags. Vor vier Jahren waren es noch 200 Millionen weniger.

Die Finanzkraft der Stadt Zürich ist Produkt der rasanten Veränderung der sozioökonomischen Zusammensetzung der Stadtbevölkerung. Die Statistiker sagen uns, dass das Wachstum die Stadt Zürich gebildeter und einkommensstärker gemacht hat. Die jüngste Auswertung der Steuerdaten bestätigt diese Feststellung. Zwischen 2002 und 2014 ist der Anteil der Steuerpflichtigen mit einem moderaten steuerbaren Einkommen von 20'000 bis 60'000 Franken trotz Wachstum zurückgegangen. Dafür ist die Gruppe mit einem steuerbaren Einkommen zwischen 60'000 und 150'000 Franken stark gewachsen.

Zürichs Anspruch, eine Stadt für alle zu sein, wird immer weniger eingelöst. Dank ihrer Finanzkraft hätte die Stadt die Mittel, dem entgegenzuwirken:

- Mit anderen Akzenten in der Wohn- und Sozialpolitik könnte der Stadtrat dafür sorgen, dass die Verdrängung einkommensschwächerer Haushalte gebremst wird.
- Mit gezielten Investitionen in die Bildung könnte zudem erreicht werden, dass der wirtschaftliche Erfolg

der Stadt Zürich wirklich allen zugutekommt.

Doch davon spüren wir wenig.

Die AL vermisst einen Aktionsplan zum Erhalt von preisgünstigem Wohnraum. Die städtische Liegenschaftsverwaltung kündigt sogar an, künftig mehr Siedlungen als bisher abreißen und neu bauen zu wollen. Wir verstehen im Übrigen auch nicht, warum der Fokus der Quartierkoordination nicht viel stärker auf Siedlungen ausgerichtet wird, in denen Menschen von Verdrängung bedroht sind. Gar kein Verständnis haben wir dafür, dass das Sozialdepartement Familien, die zwar in prekären Verhältnissen leben aber keine Sozialhilfe beziehen, bei der Wohnungssuche keine Hilfe anbietet.

Wir verstehen nicht, warum der Stadtrat in der Finanzplanung nicht viel stärker als heute auf die Bildung fokussiert. Bis 2021 sollen die Ausgaben des Schul- und Sportdepartements zwar um 12 Prozent steigen. Angesichts rasant wachsender Kinderzahlen und den viel zu lange vernachlässigten Investitionen in Schul- und Sportbauten ist aber schlicht nicht erkennbar, wie mit den bereitgestellten Mitteln Angebot und Qualität von Schule, Betreuung, musikalischer Förderung und Sportstätten mit der steigenden Nachfrage Schritt halten kann. Ohne neue Akzente in der Finanzpolitik wird der geplante Aufbau von Tagesschulen ganz sicher nicht gelingen können.

Wir fordern den Stadtrat auf, über die Bücher zu gehen. Die Finanzen sind zwar im Lot. Ein "weiter so!" ist aber keine Perspektive.

3588. 2017/453

Erklärung der CVP-Fraktion vom 13.12.2017: Budget 2018 und AFP 2018–2021

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2018 der Stadt Zürich – Chancen verpasst

Die Fraktion der CVP nimmt das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2018, das ein Defizit von rund CHF 43 Mio vorsieht, zur Kenntnis. Wir anerkennen, dass der Stadtrat Anstrengungen unternommen hat, den Haushalt unserer attraktiven Stadt insbesondere im Zusammenhang mit den Herausforderungen des Bevölkerungswachstums und der Attraktivitätserhaltung im Gleichgewicht zu halten.

Die CVP-Fraktion stellt fest, dass diverse Departemente und Dienstabteilungen ihre budgetbezogenen Hausaufgaben gemacht haben. Es gibt aber auch andere – bei denen sind nun Kürzungsanträge die Folge. Weiter vermissen wir im Sinne einer laufenden Überprüfung der Ausgaben eine Prioritätensetzung, die aus unserer Sicht zwingend durch den Stadtrat vorgenommen werden muss.

Weiter rächt sich nun, dass die in den letzten Jahren grösstenteils durch Sondereffekte erzielten positiven Rechnungsabschlüsse nicht zur deutlicheren Reservebildung genutzt wurden. Hinzu kommt, dass mit Blick auf den AFP die mittelfristigen Prognosen zwar nicht mehr derart tief rot sind, aber trotzdem zu weiterem Handeln zwingen. Dabei gilt es auch zu beachten, dass die konkreten Auswirkungen sowohl der Steuervorlage 2017 des Bundes wie auch die Leistungsüberprüfung 2016 des Kantons in den Details noch unbekannt sind. Der Handlungsbedarf bleibt aus Sicht der CVP-Fraktion weiterhin bestehen.

Dennoch sieht die CVP-Fraktion mit Blick auf den guten Abschluss der Rechnung 2016 in Verbindung mit den beantragten Kürzungen im vorliegenden Budget und den nach wie vor rekordhohen Steuereinnahmen die Chance, den Steuerfuss in einem sehr moderaten Rahmen auf 117% zu senken. Dies scheint aus unserer Sicht vertretbar, insbesondere auch als Zeichen gegenüber den städtischen Steuerzahlern. Wir sind überzeugt, dass dieser Steuerfuss auch in den nächsten Jahren im Sinne der Kontinuität gehalten werden kann.

Befriedigt nimmt die CVP zudem zur Kenntnis, dass die Investitionen auch für 2018 stetig budgetiert wurden und somit kein Stau zulasten kommender Generationen entstehen wird.

3580. 2017/313

Weisung vom 13.09.2017: Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2018–2021

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die Stadt Zürich wächst markant und prosperiert als wichtiger Teil des Wirtschaftsraums und des Wirtschaftsmotors der Schweiz. Sie bietet hohe Lebensqualität in Bereichen wie Kultur, soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Sport*

und Wohnen. Die Stadt Zürich ist offen, tolerant und innovativ und bietet eine insgesamt hervorragende Infrastruktur. Das alles bedeutet eine Herausforderung. Angesichts eines Budgets von 8,8 Milliarden Franken, des Aufwandüberschusses von 41 Millionen Franken im Budget und des Aufwandüberschusses im Planjahr von rund 100 Millionen Franken sind wir trotz allem gut unterwegs. In den letzten Jahren gingen die AFPs jeweils von einem Defizit aus, letztlich wurde trotzdem positiv abgeschlossen und das bei einem unverändert hohen Nettoinvestitionsvolumen von einer Milliarde Franken. Die Ziele bleiben für den Stadtrat unverändert: Wir vertreten eine mittelfristige Sicht und fokussieren nicht jeweils nur auf ein Jahr, damit ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis gestaltet werden kann; wir fokussieren auf ein angemessenes Eigenkapital, die Neuinvestitionen sollen aus eigenen Mitteln finanziert werden, was in den letzten Jahren gelang. Ausserdem wollen wir eine konstante, berechenbare Steuerpolitik. Die Stadt und der Stadtrat werden auch zukünftig darauf achten, dass die Ausgabendisziplin hoch bleibt. Grundsätzlich sind jeweils vier Jahre im Fokus. Ein Effekt davon ist, dass sich jeweils mehr im Plan befindet, als letztlich im Budget und schliesslich in der Rechnung erscheint. Im laufenden Jahr rechne ich mit einer schwarzen Null und ein wenig darüber. Präziser lässt sich das nicht ausdrücken, da spielen die vom Börsenkurs abhängigen Flughafenaktien eine Rolle. Grundsätzlich sind wir gut unterwegs und befinden uns weder in einer Sackgasse noch sind wir sehr gut unterwegs. Die Stadt hat ein Eigenkapital von einer Milliarde Franken, die Kapitalmarktschulden konnten in den letzten Jahren um 700 Millionen Franken abgebaut werden und ich gehe davon aus, dass auch im nächsten Jahr die Schulden langfristig sinken. Die Herausforderungen aber bleiben: Wachstum kostet. Im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich steigen die Kosten. Mit der Steuerreform wird es zu gewissen Ausfällen kommen, die Höhe kann aber noch nicht abgeschätzt werden. So braucht es ein angemessenes Eigenkapital und es wäre fahrlässig und unklug, am Steuerregler zu spielen. Bevor das zur Diskussion anstehen kann, müssen erst die grossen Rahmenbedingungen geklärt sein – der grosse Investitionsbedarf muss finanziert werden können. Deshalb hält der Stadtrat auch für das Jahr 2018 am aktuellen Steuerfuss fest.

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum Budget und AFP sowie zum Änderungsantrag AFP:

Walter Angst (AL): Die Mehrheit besteht aus einer bunten Koalition, die dem Budget und dem AFP zustimmen wird. Trotz unterschiedlichen Meinungen bezüglich Nuancen sind wir alle von der Meinung der Minderheit befremdet. Sie fasst vier Dinge zusammen, die eigentlich nicht zusammengehören: Erstens wird einerseits ein Schuldenabbau und andererseits eine Steuersenkung verlangt. Zweitens soll einerseits weniger Geld aufgenommen, aber andererseits die Infrastruktur für das wachsende Zürich finanziert werden. Die Mehrheit kann nicht nachvollziehen, wie diese vier Forderungen in Übereinstimmig gebracht werden sollen. Im Jahr 2017 wurde mit allen Zusatzkrediten ein Minus von 70 Millionen Franken budgetiert, 70 Millionen Franken werden in die Rückstellungen gelegt, damit die 470 Millionen Franken des Ressourcenausgleichs 2018 finanziert werden können – ohne, dass Geld aus der laufenden Rechnung genommen werden muss. Insgesamt ist die Rechnung um etwa 100 Millionen Franken besser im Vergleich zum budgetierten Betrag. Der erste Grundlagenirrtum der Minderheit ist das Vorhandensein eines Budgetdefizits, das zum Abbau des Eigenkapitals führen würde. Das ist nicht der Fall. Der zweite Grundlagenirrtum bezieht sich auf den AFP: Er bildet die vorhandenen Pläne ab und ist deshalb negativ. Die Zahlen zeigen, dass die Kurve in den letzten Jahren deutlich nach oben steigt. Nie entsprach das grösste Defizit im AFP 140 Millionen Franken. In der Vergangenheit war stets von 300 und 400 Millionen Franken die Rede. Es macht kaum Sinn, die AFP-Methodik wegen dem Wunsch nach Steuersenkungen anzuzweifeln. Wenn keine aussergewöhnlichen Situationen eintreten, wird sich der vom Kanton geforderte

mittelfristige Finanzausgleich immer in roten Zahlen befinden. Daran hat sich bisher niemand gestört. Eine sachliche Diskussion wäre angebracht, die bunte Koalition der Mehrheit ist der Hoffnung, dass wir bald wieder dazu kommen und glaubt, dass die Grundlagen, auch wenn wir in Nuancen unterschiedlicher Meinung sind, richtig sind.

Michael Baumer (FDP): *Die Minderheit findet es schade, dass dem Postulat, das die Mehrheit im Gemeinderat im letzten Jahr überwies und verlangte, dass das erste Planjahr nach dem Budget plus eins mindestens null sein sollte, noch nicht nachgekommen wurde. Wir lehnen die aktuelle Methodik des AFP ab. Man stellt quasi eine Einkaufsliste zusammen und wenn man dem entsprechenden Jahr näherkommt, stellt man fest, dass das alles gar nicht umgesetzt werden kann oder dass etwas wieder entfernt werden muss. So sinkt die Einkaufsliste wieder und man nähert sich der Null, wenn das Jahr näher rückt. Wir sind der Meinung, dass man von einer Null ausgehen sollte und wenn dann ein Projekt nicht auszuführen ist, kann ein anderes vorgezogen werden, womit auch eine Priorisierung der Projekte erstellt wird. Diese Methodik erlaubt eine genauere Planbarkeit der Entwicklung der Ausgabenseite. Der Stadtrat bevorzugt aber die Einkaufslisten-Methodik. Die Frage zur Methodik des AFP wird in der Zukunft nochmals diskutiert werden müssen, denn mit dem mittelfristigen Finanzausgleich werden wir systematisch immer eine negative Zahl im Ausgleich haben, weil der AFP systematisch stets negativ ist. Die Minderheit hat zurecht eine andere Ansicht zur Frage der AFP-Methodik, die aktuelle genügt uns nicht. Das letzte Mal im ursprünglichen Budget ohne ZK hatten wir ein Defizit von rund 50 Millionen Franken. Nächstes Jahr budgetiert der Stadtrat 100 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen. Schliesslich handelt es sich aber in etwa um die gleiche Zahl wie im letzten Jahr, die der Stadtrat im Negativen budgetiert. Ich glaube deshalb nicht, dass wir etwas falsch verstanden haben und von einem Grundlagenirrtum ausgehen, sondern dass das Geld eigentlich gesucht und ausgewiesen hätte werden sollen. So wäre eine Steuerfussreduktion machbar, weil selbst bei einer Null genügend Geld bleibt, um eine Reduktion von mehr als zwei Prozent einzuführen. Das vorgelegte Defizit ist zurzeit noch nicht genau bekannt, wir wissen nicht, was die Zusatzkredite bringen oder wie sich die Flughafenaktien entwickeln werden. Wir lehnen das vorgelegte negative Budget ab.*

Eintreten ist unbestritten

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): *Die SVP-Fraktion glaubt nicht, dass es die Aufgabe der Stadt ist, eine flächendeckende, millionenschwere Tagesschule zur Verfügung zu stellen, ein Tanzstudio in San Francisco sowie ein Selbstfindungsatelier in Südindien zubetreiben oder etwa, dass Bürger der Stadt den Monatslohn von ihr bekommen. Wir glauben an einen Staat, der für Sicherheit sorgt, das Eigentum schützt, grundlegende Infrastrukturen zur Verfügung stellt und Junge ausbildet und nicht betreut und therapiert. Das Budgetbuch und der AFP wäre in einem schlanken Staat nach unserer Vorstellung halb so dick und würde schwarze – nicht rote – Zahlen ausweisen.*

Florian Utz (SP): *Unsere Telefonkampagne hat gezeigt, dass das grösste Problem in der Stadt Zürich die Wohnungen sind: Steigende Mietzinsen, Mietzinsexplosionen und Kündigungen wegen Luxussanierungen. Darum beantragen wir mehr Mittel für bezahlbare Wohnungen. Das hat eindeutig höhere Priorität als eine Steuersenkung. Niemand hat am Telefon mir gegenüber die Höhe des Steuerfusses als Problem erwähnt. Wir beantragen auch mehr Mittel für sichere Velorouten. Dass die Velorouten-Initiative bereits am ersten Tag der Unterschriftensammlung von 4500 Stadtzürcherinnen und Stadtzürchern unterschrieben wurde, zeigt, wie wichtig der Bevölkerung dieses Thema ist. Spitäler leiden heute unter Zinslast. Die Stadtspitäler*

Triemli und Waid zahlen in diesem Jahr 2 Prozent Zinsen auf ihr investiertes Geld, nächstes Jahr werden es 1,875 Prozent sein. Andere Spitäler zahlen häufig zwischen 0,25 und 0,5 Prozent Zinsen auf ihre Investitionen. Wir wollen, dass für alle gleich lange Spiesse geschaffen werden und lehnen eine Teilprivatisierung von Triemli und Waid und den Verkauf von Anteilen an die südafrikanische Hirslanden-Gruppe ab.

Christian Traber (CVP): *Wir sind sowohl für die Steuerfuss senkung als auch für das Budget. Für uns ist wichtig, dass wir nicht von einer Kürzung bei den Lohnmassnahmen sprechen, sondern dass wir von einer Kürzung der Steigerung bei den Lohnmassnahmen sprechen. Der Antrag, der eine Mehrheit in der RPK fand und den wir unterstützen werden, ist auch ein Grund, warum wir in der RPK am Ende bei einer Verbesserung von etwa 40 Millionen Franken angekommen sind, womit wir eigentlich ein ausgeglichenes Budget erreichen würden. Auch deshalb stimmte ich am Ende dem Budget zu. Dass in aller Regel die Rechnung positiver ausfällt, zeigt, dass auch die 2 Prozent Steuerfuss senkung als Zeichen an den Steuerzahler möglich wäre.*

Shaibal Roy (GLP): *Wir haben eine klare Forderung an den Stadtrat: Wir sind der Meinung, dass er das Planjahr mit einer schwarzen Null budgetieren soll. Wenn das nicht geschehen wird, werden wir, wie es in diesem Jahr geschehen ist, nachhelfen. Wenn es nicht für die schwarze Null reichen wird, frage ich mich, ob es sich um einen Grund handelt, das Budget abzulehnen oder Parteipolitik zu betreiben. Wir sind ebenfalls für Investitionen in die Infrastruktur, weshalb wir auch glauben, dass mehr Fremdkapital aufgenommen werden muss. Dabei handelt es sich nicht um zukünftige Steuern, denn die Anleihen werden von der Stadt über 22 bis 30 Jahre aufgenommen. Der Durchschnittszinssatz befindet sich zwischen 0,4 bis 0,75 Prozent. Wenn wir das jetzt machen, könnte man im Idealfall bestehende Schulden zurückzahlen und der Durchschnittszinssatz würde auf 1,75 Prozent sinken. Die ganze Stadt würde davon profitieren, unter anderem auch die Spitäler. Wenn wir jetzt weniger Fremdkapital aufnehmen, funktioniert das nicht. Es braucht das Fremdkapital und stabile Steuern. Langfristig müssen wir der Bevölkerung die Sicherheit eines stabilen Steuernumfelds bieten. Wir stimmen dem Budget und auch dem AFP, den wir im Vergleich zum Stadtrat eher tiefrot sehen, zu.*

Stefan Urech (SVP): *Im Budget 2018 der Stadt Zürich finden sich zwei neue Stellen für Ernährungsberater, die ihre Bevormundungspolitik in Sachen Ernährung durchführen wollen. In den 500 Jahren seit der Reformation sind wir nicht weit gekommen: Schon bereits damals wurde Zwingli dazu bewegt, sich mit einem demonstrativen, oppositionellen Wurstessen gegen die Obrigkeit der Stadt Zürich zu stellen. Das rot-grüne Budget 2018 strotzt vor Gutmenschentum, Subventionen und Willkommenskultur. Das Budget ist voll von vergoldeten Konti, Prunk und unnötigen Dingen – 500 Jahre nach Zwingli braucht die Stadt Zürich dringend eine zweite Reformation.*

Peter Schick (SVP): *Der AFP verdient den Titel «Zürich in der Schuldenfalle und der Weg dahin», bei allen Zahlen handelt es sich um Rekordhochs, zur Effizienzsteigerung lässt sich nichts finden. Beim Defizit von 41 Millionen Franken handelt es sich beinahe um Hohn, da es sich nach verschiedenen Aussagen im Streubereich befindet und beinahe ausgeglichen sei. Die Stadt Zürich wird in einigen Jahren in noch röteren Zahlen versinken, wenn jetzt nicht die Bremse gezogen, gespart und nur noch das Notwendige gemacht wird. Die Investitionen werden bis 2021 um 1 bis 1,3 Milliarden Franken steigen, was die Infrastruktur verlangt und vor allem durch das unnatürliche Bevölkerungswachstum verursacht wird. Aber auch hier würde eine VW- statt einer Mercedes-Sanierung ausreichen. Der Selbstfinanzierungsgrad wird bis zum Jahr 2021 von 71,3 Prozent auf kümmerliche 48 Prozent abnehmen. Das Eigenkapital von aktuell einer Milliarde Franken wird bis in vier Jahren auf 581 Millionen Franken abnehmen.*

Wenn man das mit dem Schuldenberg der Stadtspitäler in der Höhe von 800 Millionen Franken vergleicht, wird deutlich, dass das nicht aufgehen kann. Die Nettoschulden waren letztes Jahr 3,6 Milliarden Franken, liegen aktuell bei 4 Milliarden Franken und steigen bis zum Jahr 2021 auf 6 Milliarden Franken an. Die SVP verlangt vom Stadtrat ein Budgetbuch, das aufzeigt, wie und wo gespart werden kann und muss.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Der Finanzplan erinnert an griechische Verhältnisse: Es werden Defizite prognostiziert, die noch grösser wären, wenn die Annahmen der Einnahmen anders, nämlich reeller, wären. Ausserdem wurde das Budget geschönt. Es weist zwar ein Defizit in der Höhe von 43 Millionen Franken aus. Das ist aber viel zu wenig. Eigentlich müsste das Budget über 100 000 Franken negativ ausfallen: Erträge aus Ordnungsbussen sind in der Höhe von 60 Millionen Franken budgetiert. Eigentlich müssten die Ordnungsbussen aus dem Budget entfernt werden, das führte zu einem noch schlechteren Ergebnis. Wenn die Ordnungsbussen dann doch anfallen, können sie als ausserordentliche Erträge verbucht und zur Schuldentilgung verwendet werden. Statt zur Schuldentilgung wird aber das Geld für rot-grünes «Beigemüse» verwendet.*

Martin Götzl (SVP): *Die SP hat vorher erwähnt, wie wichtig Volksentscheide für sie sind, doch erwähnt wurden nur solche, die zum SP-Parteiprogramm passen. Ich möchte daran erinnern, dass es auch Volksentscheide zum bedingungslosen Grundeinkommen, zur Drogenlegalisierung und zum Ausländerstimmrecht gibt.*

Samuel Balsiger (SVP): *Von den anderen Parteien wird die Budget-Debatte als Wahlkampfvehikel genutzt, etwa mit dem Thema der bezahlbaren Wohnungen. Schuld an den explodierten Mieten, und daran, dass normale, mittelständige Familien aus der Stadt vertrieben werden, ist aber einzig und allein die Masseneinwanderung: Vor der Einführung der Personenfreizügigkeit sanken die Bodenpreise im Kanton Zürich. In Altstetten beispielsweise stiegen nur die Bodenpreise innerhalb von drei Jahren um 83 Prozent. Wollte man den sozialen Wohnungsbau umsetzen, würde das 15 Milliarden Franken kosten.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 20. Dezember 2017 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

3589. 2017/311

Weisung vom 13.09.2017:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget)

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

1. a. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2018 wird genehmigt.
b. Die Produktegruppen-Globalbudgets für das Jahr 2018 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 24 206 300.– nach erfolgter Lohnrunde 2018 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2018 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
6. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2018 mit zwei Produktegruppen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2018, Entwurf des Stadtrats vom 13.09.2017
- Produktegruppen-Globalbudgets, Entwurf des Stadtrats vom 13.09.2017
- Novemberbrief vom 09.11.2017
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 04.12.2017
- Anträge der RPK vom 04.12.2017, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Walter Angst (AL)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 3581/2017–3588/2017)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2017/313, Beschluss-Nr. 3580/2017.

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): *Es handelt sich um einen tabellarischen Antrag. Mit ihm verfolgen wir das kontinuierliche Ziel, die Kosten auf der Personalwerbungsseite in bestimmte Bahnen zu lenken. Die Ausgabenposten sollen in das digitale Zeitalter überführt werden. Konkret bedeutet das eine Umstellung von Print auf Online. Es gibt aber noch gut begründete Ausnahmen, wo es erwiesenermassen mit Inseraten in Fachzeitschriften eine bessere Response gibt. Weiter wollen wir einen defensiven Ansatz von Assessments. Wie bereits im Postulat 2016/433 an der letztjährigen Budgetdebatte gefordert wurde, sollen externe Assessments erst ab der Stufe Dienstchef eingesetzt werden. Drittens sollen externe Stellenvermittlungsdienstleistungen nur sehr zurückhalten dort eingesetzt werden, wo ein Fachkräftemangel existiert und nicht mit einer direkten Rekrutierung besetzt werden kann. Wir haben die Entwicklung auf den Konti der Dienstabteilung auch dieses Jahr wieder sehr genau geprüft und durften sehr erfreut feststellen, dass die Verwaltung den Auftrag des letzten Jahres grossmehrheitlich aufgenommen hat. Bei den Konti, bei denen letztes Jahr Kürzungen gemacht wurden, wurden diese in der Regel übernommen. Das widerspiegelt sich deutlich in der nun halb so langen Tabelle des Antrags und darin, dass der Betrag von 240 000 Franken weniger als der Hälfte des letztjährigen Betrags entspricht. Wir sind guten Mutes, dass mit der Fortsetzung dieses Pfads nächstes Jahr auf dem Konto eventuell gar keine Tabelle mehr nötig sein wird.*

Walter Angst (AL): *Mein einziger Wunsch wäre, dass die SVP ihre Anträge auch als Tabelle stellen würde, was uns die Arbeit sehr erleichtern würde. Den Zielsetzungen des Antrags können wir zustimmen, wir bleiben aber beim Nein.*

S. -- **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3092 0000 **Personalwerbung**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001. Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	240 000	Minderheit Mehrheit
				Präsident Walter Angst (AL) Referent Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Weniger Assessments, Stellenvermittlungsgebühren und Printausgaben; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3092 0000 Personalwerbung					GLP	
Weniger Assessments, Stellenvermittlungsgebühren und Printausgaben						
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu	
2021	Liegenschaftenverwaltung	50 000	0	10 000	40 000	
2080	Organisation und Informatik	160 000	0	30 000	130 000	
2520	Stadtpolizei	629 400	0	50 000	579 400	
2550	Schutz und Rettung	30 000	0	10 000	20 000	
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	20 100	0	10 000	10 100	
3515	Tiefbauamt	270 000	0	20 000	250 000	
4540	Verkehrsbetriebe	782 700	0	80 000	702 700	
5510	Support Sozialdepartement	110 000	0	30 000	80 000	
	Total	2 052 200	0	240 000	1 812 200	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 114 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 002. und 003. (Postulat GR Nr. 2017/429)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Auch hier handelt es sich um eine Fortsetzung der Vorjahre. Auf dem Konto sind Klickpreise der Swiscom budgetiert. Sämtliche Preisleistungen sind dieses Jahr um knapp zehn Prozent gestiegen. Das ist per se ein positives Zeichen, weil die Preisfeststellungsmatrix sich aus der Anzahl Drucker und dem Druckvolumen zusammensetzt. Wenn das Druckvolumen abnimmt, steigt bei gleichbleibender Anzahl Drucker der Klickpreis. Die entscheidende Frage und das eigentliche Ziel ist, ob das Druckvolumen in jeder Dienstabteilung so reduziert werden kann, dass der absolute Preis, respektive der gesamte Gesamtbetrag, reduziert werden kann. Hier sehen wir ein durchaus grosses Potenzial in vielen Dienstabteilungen. Im diesjährigen Tabellenantrag haben wir in den meisten Fällen Kürzungen unter zehn Prozent ausgestaltet und sind entsprechend der Meinung, dass das sehr gut erreicht werden kann. Wir erhoffen ein leicht erhöhtes Bewusstsein für diese Kosten und dass man sich beispielsweise fragt, ob ein Email-Anhang nun wirklich ausgedruckt werden muss. Eine detaillierte Auswertungsmöglichkeit auf Stufe Dienstabteilung ist sehr wünschenswert, damit die Steuerung gezielter erfolgen kann.

Walter Angst (AL): Ich erwarte, dass Zettel an die Drucker geklebt werden: «Bitte nicht

drucken». Ich sehe wenig Wirkung, auch hat das wenig Einfluss auf das Budget.

Raphaël Tschanz (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3537/2017): Bei dem Postulat handelt es sich um etwas Technisches. Bis jetzt kann man die Klicks nur auf der Stufe der Dienstabteilung abrechnen. Hierbei handelt es sich um einen Kritikpunkt der früheren Jahre: Wer sparsam umgeht und wenig druckt, wird bestraft. Das geschieht, wenn innerhalb der Dienstabteilung eine Organisationseinheit sparsam ist, ohne dass dies auffällt, weil alle Organisationseinheiten zusammengefasst werden. Wenn die Klicks auf der Stufe der Organisationseinheiten ausgewiesen werden, erhalten diese einen Anreiz, sparsam mit den Druckkosten umzugehen, beziehungsweise werden die, die sparsam damit umgehen, nicht mehr bestraft. Der Antrag steht ausserdem im Sinne des Auftrags der 2000-Watt-Gesellschaft. Die Druckpreise, die Energiekosten und der Papierverbrauch werden gesenkt. Deshalb verstehe ich nicht, dass das Postulat von STR Daniel Leupi abgelehnt wird.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die Umsetzung des Postulats würde zusätzliche 350 000 Franken an die Programmierungskosten bedeuten, die nur für rund drei Jahre eingesetzt werden können. Das ist beim jetzigen Auftrag nicht vorgesehen. Dieses Geld müsste innerhalb von drei Jahren abgeschrieben werden, was aus unserer Sicht keinen Sinn macht; auch nicht für eine Scheingenauigkeit, weil Fotokopien, Ausdruck via USB-Stick und Weiteres trotzdem nicht genau zugeordnet werden können. Der Streubereich liegt hier bei rund zwanzig Prozent. Wenn man das will, macht es Sinn, den Auftrag für die nächste Ausschreibung zu geben, damit das von Anfang an berücksichtigt werden kann. Ausserdem sank der Papierverbrauch bereits um zwanzig Prozent, eine massive Einsparung ist bereits geschehen.

S. --	10 3101 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
				gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Minderheit
	002.	Antrag Stadtrat	361 000		Mehrheit
					Stimmen Präsident Walter Angst (AL) Referent Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
					Begründung: Keine Reserven einplanen, bei Bedarf ZK stellen. Höhere Klickpreise teilweise kompensieren; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3101 Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten					GLP/FDP	
Keine Reserven einplanen, bei Bedarf Zusatzkredit stellen, höhere Klickpreise teilweise kompensieren						
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu	
1070	Betreibungsämter	248 700	0	30 000	218 700	
1501	Kultur	416 900	0	20 000	396 900	
1505	Stadtentwicklung	90 000	0	25 000	65 000	
1565	Stadtarchiv	30 000	0	10 000	20 000	
2021	Liegenschaftenverwaltung	97 000	0	11 000	86 000	
2520	Stadtpolizei	510 000	0	20 000	490 000	
3000	GUD Zentrale Verwaltung	36 000	0	10 000	26 000	

3010	Städtische Gesundheitsdienste	80 800	0	10 000	70 800
3515	Tiefbauamt	189 700	0	20 000	169 700
3535	ERZ, Abwasser	343 800	0	30 000	313 800
3550	ERZ, Abfall	424 500	0	20 000	404 500
3555	ERZ, Fernwärme	124 500	0	20 000	104 500
3560	ERZ, Stadtreinigung	132 200	0	20 000	112 200
4000	HBD Zentrale Verwaltung	305 000	0	30 000	275 000
4525	Wasserversorgung	249 000	0	30 000	219 000
5010	Schulamt	331 900	0	20 000	311 900
5063	Fachschule Viventa	82 400	0	10 000	72 400
5550	Soziale Dienste	455 000	0	15 000	440 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	176 800	0	10 000	166 800
	Total	4 324 200	0	361 000	3 963 200

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 113 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

3590. 2017/429

Postulat von Raphaël Tschanz (FDP) und Michael Baumer (FDP) vom 29.11.2017: Detaillierte Erfassung der Druckkosten auf Stufe Organisationseinheit

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Raphaël Tschanz (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3537/2017).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 109 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 004.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Tognella (FDP): Es handelt sich um einen eigentlichen Platzhalterantrag. Wasser, Energie und Heizmaterialien – wir erinnern an die, die dafür waren, dass das Produkt der Energie, zum Beispiel der Elektrizität, in ein höherwertiges Produkt des EWZ wechseln soll. Der entsprechende Kostensprung würde konservativ geschätzt etwa 3,26 Millionen Franken betragen. Das geht in die Betriebsbuchhaltungen hinein. Beispielsweise bei den Immobilien der Stadt Zürich macht bei der Verwaltung die Verbesserung 1,367 Millionen Franken, bei den Schulen 100 000 Franken aus. Das kann man fast nicht glauben, es wird mehr sein. In der Summe der Verbesserungen ergibt sich eine erquickliche Grössenordnung. Interessant sind auch die städtischen Gesundheitsbetriebe, wozu der Betrieb der Stadtspitäler und einige Pflege- und Altersheime gehören. Dort wird eine Verbesserung von 2000 Franken ausgewiesen, auch das müsste besser sein. Man müsste genau anschauen, was die detaillierten Kostensprünge nach oben ausmacht. Dafür steht diese Platzhalterdiskussion, sie fällt in den Betriebsbuchhaltungen beispielsweise in den Stadtspitalern an und hat schliesslich eine Wirkung auf die Kosten, die wir tragen und die in das Budget gesetzt wurden.

Walter Angst (AL): Es ist nicht so, dass die städtischen Gesundheitsbetriebe die Spitäler oder Pflegeheime heizen. Bei den Gewerbe-Immobilien kauft die Liegenschaftenverwaltung auch nicht weniger Öl ein, um das ShopVille zu heizen. Eine Wirkung wird mit diesem Antrag nicht erreicht.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Bei der von Roger Tognella (FDP) erwähnten Rechnung wurde auf das Budget 2017 zurückgegriffen, jedoch nicht berücksichtigt, dass die Stadt bereits Öko-Strom bezieht. Der Öko-Strom kostet etwa zwei Millionen Franken mehr, das wurde aber bereits vor vielen Jahren eingeführt.

Roger Tognella (FDP): Es geht um die Ökostrom-Produkte. Die Leitungen wurden alle gelegt. Der Kostensprung wird von der Mehrheit telquel hingegenommen, ihr ist es das wert. Dementsprechend fallen aber die Kosten an. Das alleine ist eine Diskussion wert: Wenn Produkte teurer eingekauft werden, ohne, dass man das müsste – nur, weil man sich dann besser fühlt.

S. -- 10 **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3120 0000 **Wasser, Energie und Heizmaterialien**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		3 263 200		Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Zurück auf Budget 2017; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3120 0000 Wasser, Energie und Heizmaterialien					FDP	
Zurück auf Budget 2017						
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu	
2026	Baulandreserven/Landreserven nicht Stadt	367 700	0	48 700	319 000	
2027	Gewerbe-Immobilien	2 446 000	0	361 000	2 085 000	
3010	Städtische Gesundheitsdienste	80 500	0	2 000	78 500	
3535	ERZ, Abwasser	5 593 300	0	816 500	4 776 800	
4540	Verkehrsbetriebe	20 833 300	0	567 500	20 265 800	
3120 0100 Wasser, Energie und Heizung: Verwaltung						
4040	Immobilien Stadt Zürich	16 893 500	0	1 367 500	15 526 000	
3120 0200 Wasser, Energie und Heizung: Schule						
4040	Immobilien Stadt Zürich	1 200 000	0	100 000	1 100 000	
Total		47 414 300	0	3 263 200	44 151 100	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 005.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Baumer (FDP): Der Antrag hat auch mit dem letztjährigen zu tun, bei dem die Fragestellung der Reise- und Spesenentschädigungen des Personals ebenfalls betrachtet wurde. Wir waren der Ansicht, dass man ein Jahr später die Beträge nicht erhöhen muss. Wir beantragen, dass wir zurück zum Budget 2017 gehen und die Budgetkürzung, die der Gemeinderat damals veranlasste, in den künftigen Jahren umgesetzt wird. Eine Anpassung am Antrag möchte ich, abgesprochen mit den anderen Mitgliedern der Minderheit, noch ausführen. Das Stadtrichteramt: Diese 21 200 Franken würden wir zurückziehen, weil es dort eine Fehlverbuchung in den Vorjahren gab. Fehlverbuchungen möchten wir in Zukunft nicht weiterführen.

Walter Angst (AL): Nachdem das Stadtrichteramt wegfällt, bleibt noch beim ERZ, Abwasser und ERZ, Abfall etwas hängen, auf das Ergebnis hat das keinen Einfluss: Das kann man machen, aber es bringt nichts.

S. --	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3170 0000	Reise- und Spesenentschädigungen des Personals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
				gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Mehrheit
005.	Antrag Stadtrat		180 700		Minderheit
					Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
					Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
					Begründung: Zurück auf Budget 2017; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3170 Reise- und Spesenentschädigungen des Personals					FDP	
Zurück auf Budget 2017						
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu	
1560	Statistik Stadt Zürich	18 000	0	3 000	15 000	
2015	Finanzverwaltung	29 800	6 000	6 000	29 800	
3535	ERZ, Abwasser	228 500	0	46 700	181 800	
3550	ERZ, Abfall	264 000	0	51 500	212 500	
3555	ERZ, Fernwärme	33 000	0	6 000	27 000	
4015	Amt für Städtebau	110 000	0	29 000	81 000	
5063	Fachschule Viventa	40 300	0	17 300	23 000	
	Total	723 600	6 000	159 500	570 100	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 006.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): *In der Vergangenheit haben wir vermehrt über die IT-Budgets diskutiert, was zu einer Plafonierung der Ausgaben bei der OIZ führte. Bei den Dienstabteilungen haben wir aber festgestellt, dass keine Koordination stattfindet, was wir bedauern. Die Ausgaben werden immer viel höher budgetiert als die Zielplafonierung vorsieht. Darum stellten wir diesbezüglich, voraussichtlich zum letzten Mal, einen Antrag, um die Ausgaben auf das Niveau des Plafonds herunter zu bringen. Ein Schönheitsfehler blieb im Rahmen der Budgetierung in den Gesprächen enthalten: Bei der OIZ wurden 1,3 Millionen Franken gekürzt, was nicht zwingend gemacht werden musste, aber im Sinne des Mehrheitsantrags beschlossen wurde. Insbesondere möchte ich darauf hinweisen, dass wir sehr begrüßen, wie im Sozialdepartement vorgegangen wurde: Nachdem sie die Anträge gesehen haben, gruppieren sie um und reduzieren. Beim Beantragten handelt es sich nun um das, was das Sozialdepartement braucht. Wenn die anderen Departemente ähnlich vorgehen würden, käme es zu Budgetübertragungen. Das wäre unser Ziel, auch dass entsprechende Budgetübertragungen mit den ZK beantragt werden sollen. Wenn das bei der OIZ nicht anderweitig kompensiert werden kann, dann kommt es allenfalls zu einer Budgeterhöhung.*

Felix Moser (Grüne): *Was uns bei diesem Antrag vor allem stört, ist, was Walter Angst (AL) als Schönheitsfehler bezeichnet. Seit Jahren verlangte man, dass die IT bei der OIZ plafoniert wird. Seit das aber der Fall ist, will bei der OIZ wieder gekürzt werden. Der vorhandene Plafond ist zwar eingehalten, aber es wird signalisiert, dass das nicht ausreicht.*

Weitere Wortmeldung:

Dorothea Frei (SP): *Die SP hält es für falsch, dass die OIZ abgestraft wird, obwohl sie eine Disziplin hinlegt und auch gut begründet hat, warum sie in diesem Jahr wieder ein wenig mehr Geld benötigt. Es handelt sich um SAP-Anpassungen an HRM2, eine Vorgabe des Kantons. Zweitens geht es uns um die Statistik Stadt Zürich, vielleicht ebenfalls ein Schönheitsfehler. Es gibt eine neue Bundesvorgabe: Das Register der neuen Wohnungen und Gebäude muss erneuert werden. Das jetzige System ist im Unterhalt sehr teuer und soll deshalb abgelöst werden, auch weil die neuen Anforderungen des Bundes mit der alten Software nicht erfüllt werden können. Die Kürzung wird wahrscheinlich nicht zu Geldeinsparungen führen und das Unterhaltskonto wird zunehmen, wenn es nicht abgelöst werden kann. Aber die Statistik Zürich wird auch nicht in der Lage sein, die Daten über die Wohnungen und Gebäude anderen Dienstabteilungen zur Verfügung zu stellen, die damit ihre hoheitlichen Aufgaben erfüllen müssen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die Mehrheit des Parlaments verhält sich widersprüchlich: Digitalisierung und Effizienzgewinn wird verlangt, aber wenn die Dienstabteilungen das nutzen möchten, werden diese Mittel gekürzt. Bei der OIZ stört es mich speziell, dass sie den langjährigen Wunsch, das Budget stabil zu halten, bereits im dritten Jahr eingehalten hat – trotzdem muss sie Kürzungen erfahren.*

S. -- **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3189 0000 **Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
006.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		3 511 300		Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Reduktion des budgetierten IT-Aufwands durch Priorisierung von Projekten. Für zwingende Projekte kann mit ZK I/2018 Kreditübertragung beantragt werden; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter						AL
Reduktion des budgetierten IT-Aufwands durch Priorisierung von Projekten. Für zwingende Projekte kann mit ZK I/2018 Kreditübertragung beantragt werden.						
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu	
1020	Stadtkanzlei	720 000	0	72 000	648 000	
1560	Statistik Stadt Zürich	1 200 000	0	120 000	1 080 000	
2021	Liegenschaftsverwaltung	1 477 000	0	147 700	1 329 300	
2050	Human Resources Management	415 400	0	41 500	373 900	
2080	Organisation und Informatik	26 533 900	0	1 326 700	25 207 200	
2520	Stadtpolizei	2 777 000	0	277 700	2 499 300	
2525	Stadtrichteramt	566 000	0	56 600	509 400	
2550	Schutz und Rettung	2 348 000	0	234 800	2 113 200	
3010	Städtische Gesundheitsdienste	540 000	0	54 000	486 000	
3535	ERZ, Abwasser	1 240 000	0	124 000	1 116 000	
3550	ERZ, Abfall	963 000	0	96 300	866 700	
4000	HBD Zentrale Verwaltung	805 000	0	80 500	724 500	
4015	Amt für Städtebau	495 000	0	49 500	445 500	
5000	SSD Zentrale Verwaltung	2 900 000	0	290 000	2 610 000	
5510	Support Sozialdepartement	1 350 000	0	230 000	1 120 000	
3112 0000 Anschaffungen IT-Anlagen Hardware						
5510	Support Sozialdepartement	200 000	0	180 000	20 000	
3113 0000 Anschaffungen IT-Anlagen Software						
5510	Support Sozialdepartement	350 000	0	130 000	220 000	
Total		44 880 300	0	3 511 300	41 369 000	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

Antrag 007.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Traber (CVP): Wir stellen einen Kürzungsantrag von 55 000 Franken auf

300 000 Franken. Das letztjährige Budget lag bei 270 000 Franken, die Rechnung 2016 bei 189 000 Franken, die Rechnung 2015 bei 199 000 Franken und im Jahr vorher unter 100 000 Franken. Auf der Position Dienstleistungen Dritter befinden verschiedenste Aufwendungen, das verschiebt sich jedes Jahr. Die deutliche Erhöhung auf 355 000 Franken stört uns. Die Aufgaben müssen priorisiert werden, so dass die immer noch hohen 300 000 Franken erreicht werden können.

Dorothea Frei (SP): Der Antrag wurde von Dr. Claudia Cuche-Curti gut begründet: Die Geschäftsberichte sollen digitalisiert und in digitalisierter Form zur Verfügung gestellt werden. Ausserdem soll das Layout der Stadt Zürich von der Verwaltung vereinheitlicht und aktualisiert werden.

S. 102	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1020	Stadtkanzlei			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
007.	Antrag Stadtrat			355 000	Mehrheit
		55 000		300 000	Minderheit
		Begründung: Nur moderate Erhöhung, Priorisierung der Aufgaben			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 008.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Michael Baumer (FDP): Es geht darum, das Budget realitätsnah darzustellen. Selbstverständlich wird jeweils das Maximum in das Budget eingetragen, das schliesslich aber nicht ausgeschöpft wird. Das beobachten wir seit Jahren insbesondere beim Personalaufwand. Er entsprach in der Rechnung 2016 47,7 Millionen Franken, 25,9 Millionen Franken davon entsprachen dem Lohnaufwand. Der Mehrheit geht es darum, eine realistischere Budgetierung zu schaffen. Der Stadtrat argumentierte, dass er keinen solchen Pauschalabzug tätigte und dass das heute bereits in den Dienstabteilungen eingepreist wurde. Allerdings bekamen wir bei den Nachfragen, wie sich das auswirke, nicht den Eindruck, dass dem so ist. Trotzdem glauben wir daran, dass gewisse Anstrengungen gemacht wurden, weshalb wir nur die Hälfte des Lohnaufwandes 2016 als Pauschalantrag einsetzen. Damit wollen wir das Budget um rund 13 Millionen Franken näher an die Wahrheit führen.

Walter Angst (AL): Diese Methode des angeblich ausgeglichenen Budgets bringt überhaupt nichts. Die Finanzverwaltung möchte nicht auf diese Weise budgetieren.

Weitere Wortmeldung:

Shaibal Roy (GLP): Die GLP stimmt auch in diesem Jahr der Nichtausschöpfung zu. Der bewilligte Stellenplafond wird nicht ausgeschöpft und diesen Betrag entfernen wir. Die 13 Millionen Franken fehlen dort, wo Stellenwerte bewilligt sind und effektiv das Vollzeitäquivalent ausgenutzt wird. Uns konnte nicht plausibel und belegend erklärt werden, wie der Pauschalabzug früher effektiv in den Dienstabteilungen heruntergebrochen und umgesetzt wurde. Der gestrichene Betrag entspricht einer Nichtausschöpfung, wenn die Ausschöpfung der bewilligten Stellenwerte tatsächlich erfolgen sollte, würden wir das entsprechend wieder bewilligen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat kann mit dem Antrag leben. Aber die Erwartungshaltung, dass wir noch feiner budgetieren sollen, ist nicht realistisch. Es sind annähernd 30 000 Stellen vorhanden, das Personalbudget liegt bei über 2 Milliarden Franken. Auch wegen den Unwägbarkeiten ist es überhaupt nicht realistisch, zu glauben und zu erwarten, dass die zuständigen Leute das noch genauer machen oder dass wir auf den Franken genau budgetieren können. Gegen diese Erwartungshaltung erteile ich eine klare Absage. Wir akzeptieren aber die pauschale Kürzung.

S. 108	10 1060 3010 0801	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
008.	Antrag Stadtrat		12 950 000	-12 950 000	0 Minderheit Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
			Begründung:		Abzug der Hälfte Delta Personalaufwand zwischen Budget 2016 und Rechnung 2016	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 115 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 179, Beschluss-Nr. 3589/2017).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3591. 2017/454

Schriftliche Anfrage von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Karin Meier-Bohrer (Grüne) vom 13.12.2017:

Berufliche Anschlusslösungen für Jugendliche und junge Erwachsene, Zahlen zu den Festanstellungen nach Abschluss einer Lehre, eines Praktikums oder eines Berufserfahrungsjahres

Von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Karin Meier-Bohrer (Grüne) ist am 13. Dezember 2017 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Immer noch sind Jugendliche und junge Erwachsene besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Speziell schwierig ist es unmittelbar nach Abschluss einer Lehre oder eines Studiums. Bewerben sie sich, werden sie oft abgelehnt mit der Begründung, noch wenig Erfahrung zu haben. Schon in jungen Jahren keinen Platz in der Gesellschaft zu erhalten und nicht einmal seine eigene Existenz sichern zu können, wirkt sich sehr negativ auf die Entwicklung junger Menschen und auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus. Es ist deshalb zentral, allen jungen Menschen eine Erwerbs-Perspektive ermöglichen zu können.

Wir bitten deshalb den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen (auf drei Jahre zurück):

1. Wie viele PraktikantInnen erhielten nach Abschluss des Praktikums eine Lehrstelle oder eine Festanstellung bei der Stadt Zürich? Bitte um Auskunft über alle Departemente.
2. Wie viele Lernende erhielten nach Abschluss der Lehre eine Festanstellung bei der Stadt Zürich? Bitte um Auskunft über alle Departemente.
3. Die Stadtverwaltung bietet das Berufserfahrungsjahr an. Wie viele der Angemeldeten bekommen im Anschluss an das Berufserfahrungsjahr eine Festanstellung? Bitte um Auskunft über alle Departemente.
4. Was waren die Gründe, wenn im Anschluss keine Festanstellung angeboten wurde?

Mitteilung an den Stadtrat

3592. 2017/455

Schriftliche Anfrage von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Eva Hirsiger (Grüne) vom 13.12.2017:

Schleichverkehr auf der Pfarrhausstrasse in Altstetten, Möglichkeiten für eine Beschränkung des Verkehrs auf die Zubringerdienste

Von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Eva Hirsiger (Grüne) ist am 13. Dezember 2017 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Pfarrhausstrasse in Zürich-Altstetten führt über den Kirchenhügel und hätte ohne Verkehr eine sehr hohe Aufenthaltsqualität, die von den QuartierbewohnerInnen sehr geschätzt wird. Leider geht diese Qualität immer mehr verloren, weil die kleine Quartierstrasse zum Geheimtipp für AutofahrerInnen geworden ist. Der störende Schleichverkehr ist zurzeit wegen einer Baustelle besonders stark. Sie wird als Verbindung zwischen der Altstetterstrasse und der Spirgartenstrasse genutzt.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass sich an der Pfarrhausstrasse ein zunehmender Schleichverkehr eingestellt hat und was gedenkt er dagegen zu tun?
2. Kann sich der Stadtrat vorstellen, die Pfarrhausstrasse für den allgemeinen Durchgangsverkehr zu schliessen und nur noch für Zubringerdienste offen zu halten? Wenn nein, warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3593. 2017/292

Schriftliche Anfrage von Urs Fehr (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 30.08.2017: Fangewalt zwischen den Anhängern der städtischen Fussballclubs, Gründe für die vermehrten Übergriffe und Resultate der Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Fussballclubs sowie mögliche Massnahmen im Stadion

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 988 vom 29. November 2017).

3594. 2017/308

Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Reto Vogelbacher (CVP) vom 06.09.2017: Zuteilung der Kinder in die Kindergärten und die Schulen durch die Schulpflegen, Entwicklung der Anzahl der Zuteilungs- und Wiedererwägungsgesuche sowie Möglichkeiten für alternative Zuteilungsmechanismen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 991 vom 29. November 2017).

3595. 2017/309

Schriftliche Anfrage von Elisabeth Liebi (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 06.09.2017: Aufhebung des Handyverbots an der Volksschule, Zuständigkeit für diesen Entscheid und Gründe für die Aufhebung des Verbots sowie mögliche Massnahmen zur Unterbindung von unerwünschten Nebenerscheinungen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 990 vom 29. November 2017).

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2017, 17 Uhr.